

HINTERGRUND

Hoffnung auf mehr Akzeptanz

Suchtkranke, die sich in Schwerpunktpraxen behandeln lassen sind informiert und glauben an Therapieerfolg. **3**

GESUNDHEITSPOLITIK

Verzögerung beim EBM

Hauptproblem beim EBM bleibt die Steuerung der Menge. Bis Dezember soll ein Konzept erarbeitet werden. **6**

Chance für Integrierte Versorgung

Die IKK schließt in Westfalen-Lippe einen Vertrag mit der KV und einer Klinik über zehn Indikationen. **7**

MEDIZIN

Düstere Gesundheits-Prognose



Jeder dritte 2000 geborene US-Amerikaner wird Diabetiker. Denn Risikofaktoren wie Bewegungsmangel und Übergewicht nehmen rasant zu. **9**

WIRTSCHAFT

Nachtklinik soll entlasten

Für Schlafapnoe-Patienten plant die Reha-Klinik Holm in Schleswig-Holstein ein neues Angebot. **14**

PANORAMA

Mineralwasser als Trendgetränk

Dieser Durstlöcher wird immer beliebter. 113,7 Liter pro Kopf tranken die Deutschen im vergangenen Jahr. **16**

ÄRZTE ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: Tel.: (061 02) 50 60
Verlag: Tel.: (061 02) 50 60
Fax: (061 02) 50 61 77 Fax: (061 02) 50 61 23

Redaktion: Tel.: (061 02) 50 61 11
Internet: info@aerztezeitung.de
Fax: (061 02) 50 61 10 www.aerztezeitung.de
arzteonline

Es. B
2609/K
ZB MED

innen Sicherstellungsantrag wieder erfüllen kann. „Für institutionelle Krankenhausöffnungen müßte vielmehr eine Mindestdauer von zwei Jahren festgelegt werden“, sagte Susanne Renzewitz, Abteilungsleiterin Politik der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Schließlich sollte es nach Meinung der DKG Pflicht werden, daß Klinikvertreter bei Vertragsabschlüssen zu integrierten Versorgungsmodellen und zu DMP ne-

von ambulanten und stationären Versorgung zu bringen. „Jetzt kommt es darauf an, wie die Details im Gesetz formuliert werden“, so Wasem. Wichtigstes „Detail“ für den Gesundheitsökonom: Kliniken sollte erlaubt werden, in der integrierten Versorgung alle Leistungen aus einer Hand anzubieten. Innerhalb solcher Modelle könnte ein Krankenhaus die ambulante Versorgung dann auch mit Niedergelassenen organisieren, so Wasem. **Siehe auch Seiten 2 und 6**

Verkehrsmen w
Schwinden
ten Allg
Atemweg
Darm-Int
gaben na
die Koll
schaftsdi
spüren, s
Vor all
ders wic
ziner Dr
Frankfur

Autofahren kein Grundbedürfnis

KASSEL (dpa). Die Krankenkasse muß einem Schwerbehinderten für seinen Rollstuhl in der Regel keine Vorrichtung zum Einladen ins Auto bezahlen. Dies hat das Bundessozialgericht (BSG) entschieden. Die Kasse müsse nur Hilfsmittel für die medizinische Behandlung und die Befriedigung von Grundbedürfnissen bezahlen, urteilte das oberste Sozialgericht. Autofahrten zählen die Richter nicht dazu. **Az.: B 3 KR 23/02 R**

Gute Noten für Asthma-Schulung

PHILADELPHIA (ikr). Kinder und Jugendliche mit Asthma profitieren von Schulungen. Das bestätigt eine Metaanalyse, in der die Daten von 32 Studien über den Nutzen von standardisierten Asthma-Schulungsprogrammen berücksichtigt wurden (BMJ 326, 2003, 1308). Danach verbessert Schulung die Lungenfunktion, und die Kinder fehlen seltener in der Schule. Außerdem werden Notfallambulanzen seltener aufgesucht.

Allein sind i

KARLSRUHE
hende dür
richt bei d
dergelds ge
lebenden
werden. So
terhalt ver
vom Kinde
zu wenig
das Existenz
sichert. Da
dergeld de
zu. **Az.: 1**

Ärzte sollen ab 2004 Gewer

Koalitionskompromiß zur Gemeindesteuerreform: Insgesamt ke

BERLIN (HL). Ärzte müssen sich nun doch darauf einrichten, ab nächstem Jahr Gewerbesteuer zu zahlen. Dem ursprünglichen Konzept wurden aber einige Giftzähne gezogen.

Nach dem in der Nacht zum Dienstag zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder, Finanzminister

Hans Eichel und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement gefundenen Kompromiß soll die Gewerbesteuerpflicht für die Freien Berufe dazu dienen, die Einnahmen aus der wichtigsten Kommunalsteuer zu verstetigen. Denn auch Freiberufler wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten profitierten von der Infrastruktur einer Gemeinde.

In einer
sich Clem
nen: Nur d
rufflicher
Kosten w
Fremdkap
raten werd
grundlage
Verluste s
nicht gew